

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Soziales,
Familie und Gesundheit

14.11.2007

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

| | | |
|--|---------------|------------------|
| Sitzungsart: | Stellungnahme | TOP-Nr.: |
| öffentlich | | 2.5 |
| Gremium: | | Beratungstermin: |
| Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit | | 20.11.2007 |

Tagesordnungspunkt

Verwaltungsstrukturreform NRW "Versorgungsverwaltung";
Übernahme der Aufgaben Schwerbehindertenrecht - SGB IX - und Bundeselterngeldgesetz/Elternzeitgesetz

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen zu og TOP folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung :

Der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit lehnt die Auflösung der Versorgungsverwaltung in NRW weiterhin ab und unterstützt die umfangreiche Kritik an dieser bürgerfeindlichen Verwaltungsreform der Landesregierung.

Der Fachausschuss stimmt der Verwaltungsvorlage zu und begrüßt die vorliegende interkommunale Lösung, die sicherstellt, dass die betroffenen Menschen mit Beginn 2008 die gewohnte Dienstleistungsqualität in den auf die Kommunen übergeleiteten Aufgaben in Anspruch nehmen können.

Die Verwaltung wird um eine Stellungnahme zu folgenden Fragen gebeten

1. Wie hoch sind die Kosten, die durch die Übernahme des Versorgungsamtes bei der Stadt Dortmund verbleiben und nicht vom Land NRW ersetzt werden?
2. Welchen Sachstand hat die Verwaltung über mögliche Klagen gegen die Auflösung der Versorgungsverwaltung ?
3. Hat die Landesregierung mittlerweile begonnen, mit der Stadt Dortmund die

gesetzlich vorgeschriebenen Personalüberleitungsverträge zu verhandeln ?

F.d.R.

Christian Uhr

Mit freundlichen Grüßen
Michael Taranczewski

F.d.R.

Stefan Neuhaus

Mit freundlichen Grüßen
Helga Hilbert